

Ingo Schmidt

Marx, Keynes, Hayek und die SPD Ökonomische Theorien als Schlüssel zum Verständnis von Klassenverhältnissen, ökonomischer Entwicklung und Parteigeschichte

Die Geschehnisse der Sozialdemokratie sind unterschiedlich interpretiert worden. Manche sehen unter dem Druck von Weltmarktkonkurrenz oder fallender Profitrate keinen Spielraum für eine steuerfinanzierte Umverteilungspolitik (Scharpf 1991; Lavelle 2008). Diese Analysen können allerdings nicht erklären, weshalb es ausgerechnet auf dem Höhepunkt der neoliberalen Globalisierung in den 1990er Jahren zu einem sozialdemokratischen Comeback gekommen ist. Anderen gilt die Absage an den Primat der Ökonomie als Voraussetzung, um sozialdemokratische Politik dem steten Wandel von Sozialstruktur und Präferenzen der WählerInnen anzupassen (Berman 2006; Kitschelt 1994). Wieder andere erwarten, dass die Sozialdemokratie als Gegengewicht zur neoliberalen Globalisierung und der damit verbundenen Ungleichheit und Unsicherheit punkten kann (Blyth 2002). Keine dieser Interpretationen kann erklären, weshalb das Comeback der 1990er Jahre nach dem Ende des New Economy Booms 2001 an Fahrt verloren und nach der großen Rezession 2008 in eine neuerliche Krise der Sozialdemokratie umgeschlagen ist (Bailey u.a. 2014).

Mit mehr Gespür für die Wandlungsfähigkeit von Parteien, Programmatik und Politik ist darauf hingewiesen worden, dass sich eine ursprünglich dem Marxismus verpflichtete Sozialdemokratie im Laufe des 20. Jahrhunderts erst dem keynesianischen und später dem neoliberalen Zeitgeist anzupassen wusste (Mudge 2018). Unklar bleibt dabei, wer oder was diese Geister zu bestimmten Zeiten rief. An diesem Punkt setzt die vorliegende Analyse an. Sie benutzt ökonomische Theorien als Schlüssel zum Verständnis von Klassenverhältnissen, ökonomischer Entwicklung und Parteigeschichte.

Karl Marx, John Maynard Keynes und Friedrich August von Hayek werden im Folgenden als „konzeptive Ideologen“ (Marx, Engels 1846: 46), aber mehr noch als Chiffren verstanden. Konzeptive Ideologen, weil sie einander überlagernde, teilweise aber auch widersprechende Problemwahrnehmungen bündeln und in ein politisches Programm übersetzen konnten. Chiffren, weil die Denksysteme

und Sprachen, an deren Schaffung sie so großen Anteil hatten, verschiedenen bürgerlichen aber auch proletarischen Öffentlichkeiten die Artikulation kollektiver Selbstverständnisse erlaubten, aber auch die Möglichkeit zur Abgrenzung von politischen Gegnern und den Rahmen für strategische Diskussionen boten.

Zu Chiffren wurden die drei Ökonomen erst, als ihre Theorien bereits den jeweiligen Zeitgeist bedeutend prägten. Marx steht dabei für die Herausbildung einer sozialistischen Arbeiterbewegung im späten 19. Jahrhundert, Keynes für deren Einbindung während der Nachkriegsprosperität und Hayek für die Zurückdrängung der sozialen Reformen, die die Arbeiterbewegung in den Jahren der Prosperität durchsetzen konnte. Genauer: Aus den praktischen Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen, der philosophischen Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und der Kritik der klassischen politischen Ökonomie entwickelten Marx und Engels ein Panorama aus kapitalistischer Entwicklung, Krisen und Klassenkämpfen. Die Verbreitung und Weiterentwicklung dieser Ideen verknüpften eine Vielzahl verstreuter Zirkel zu einem organisatorischen Netzwerk, einschließlich Partei und Gewerkschaften. Dabei entstand eine proletarische Öffentlichkeit, in der marxistische Ideen, neben anderen, der kollektiven Selbstidentifikation und Ausarbeitung politischer Strategien gegen das Kapital dienten. Diese Ideen kreisten um die Selbstemanzipation der ArbeiterInnenklasse. Die Organisationen, gerade auch die SPD, die sich die Klasse zu diesem Zweck schuf, brachten allerdings schon bald eine Bürokratie hervor, die im Namen oder ganz und gar für die Masse der ArbeiterInnen zu sprechen beanspruchte.

Angesichts der Herausforderungen durch die sozialdemokratische ArbeiterInnenbewegung, die Gründung der Sowjetunion und die Weltwirtschaftskrise entwickelte sich in akademischen, teilweise auch administrativen Milieus die Idee staatlicher Wirtschaftssteuerung. Diese untrennbar mit dem Namen Keynes verbundene Idee erlaubte der Sozialdemokratie, sich einerseits von der Sowjetunion bzw. dem Marxismus abzugrenzen und andererseits zum Bannerträger einer rationalen, die Anarchie der Märkte bändigenden Politik zu werden. Die damit verbundene Integration der Partei in einen sozialstaatlich erweiterten Staat führte allerdings zur weitgehenden Auflösung der proletarischen Öffentlichkeit. Die organisierte ArbeiterInnenklasse wurde zu einer repräsentierten Klasse. Damit schwanden auch die Gegenmachtpotenziale, auf deren Grundlage die Sozialdemokratie die Erweiterung des Sozialstaates aushandeln konnte. Mit dem Ende der Nachkriegsprosperität wurde der Nimbus der SPD als jenseits von Krisen und Klassenkonflikten agierender politischer Kraft zerstört. Nicht zuletzt aufgrund von Interessengegensätzen zwischen subalternen Gruppen, die sich von den Früchten sozialer Reformen ausgeschlossen sahen, und solchen, deren Erwartungen im Zuge von Prosperität und Ausbau des Sozialstaates gestiegen waren, mit der Krise ab Mitte der 1970er Jahre aber enttäuscht wurden.

Den AnhängerInnen Hayeks galten die Wiederkehr von Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit nicht als Folge unzureichender politischer Steuerung, sondern gerade umgekehrt als deren Ursache. Sie nutzten diese Krisen, um ihre akademischen Nischen zu verlassen. Sie organisierten eine neoliberale Gegenöffentlichkeit, die individuelle Selbstemanzipation in Aussicht stellte, indem die sozialstaatliche Bevormundung zurückgedrängt werden sollte. Für diese Gegenreform konnten sie auch die Zustimmung vieler von Sozialstaat, Keynesianismus und Sozialdemokratie enttäuschten ArbeiterInnen gewinnen. Die SPD passte sich in den 1990er Jahren dem neoliberalen Zeitgeist an, verschob den Akzent aber von der Deregulierung zur staatlichen Förderung der Wettbewerbsfähigkeit gerade auch benachteiligter Gruppen. Als Finanz- und dann auch allgemeine Wirtschaftskrisen 2008 die Hoffnung auf die neoliberale Prosperität zerstörten, gab die SPD ihre Förderungsrhetorik auf und forderte harte Sparmaßnahmen. Eingebunden in die in Zeiten der Sozialstaatsexpansion erweiterten Staatsapparate und abgeschnitten von einer ArbeiterInnenklasse, die im Zuge der neoliberalen Gegenreform und ökonomischer Umstrukturierung zunehmend desorganisiert war, sah sie sich den Forderungen des Kapitals hilflos ausgesetzt. Dadurch verlor sie den Zuspruch jener, die infolge von Krisen sowie zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit nach sozialem Schutz statt Austerität sehnten. Als Angehörige einer desorganisierten Klasse stellen sie jedoch auch keine Gegenmacht dar, die einen entsprechenden politischen Kurswechsel durchsetzen konnte. Die Hoffnung, die Sozialdemokratie möge sich ihres sozialstaatlichen Erfolgsmodells besinnen, schließt künftige Wahlerfolge nicht aus. Diese werden aber solange zu Enttäuschungen, Ohnmacht und Verzweiflung führen, wie sie nicht mit dem Aufbau neuer Gegenmacht einhergehen. Dafür fehlen bislang Ideen, die vielfältige aber zersplitterte Bewegungen zusammenführen und so zu einer sozialen Kraft werden lassen könnten.

Marx: Sozialistische Herausforderung

Parteiintellektuelle, allen voran Karl Kautsky aber auch Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg, haben die verstreuten und zum Teil sehr speziellen Themen gewidmeten Texte von Marx und Engels systematisiert und popularisiert sowie Analysen zu Themen ergänzt, die von Marx und Engels nicht bearbeitet wurden (Morina 2017). Diese Theorieproduktion wurde von den Parteivorsitzenden Wilhelm Liebknecht und August Bebel beglaubigt, auch wenn sie sich um deren Inhalt manches Mal nicht weiter geschert haben. Von unzähligen Parteijournalisten wurde sie unter die Leute gebracht. In einem Netzwerk von Partei- und Gewerkschaftsgruppen, Kultur- und Sportvereinen, Kneipen und

Konsumgenossenschaften wurde dieses Theorieangebot in eine Sprache übersetzt, in der ArbeiterInnen ihre Alltagserfahrungen und Zukunftserwartungen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede untereinander vor allem aber auch gegenüber den KapitalistInnen ausdrücken konnten. Dabei strahlten die Aktivitäten sozialdemokratischer Organisationen auch auf andere, insbesondere christliche, Arbeitervereine aus. Umgekehrt vermischten sich marxistische Ideen innerhalb sozialdemokratischer Organisationen mit christlichen, liberalen, mitunter auch nationalistischen Vorstellungen (Dorrien 2019).

Innerhalb dieses Geflechts unterschiedlicher Organisationen bildete sich eine proletarische Öffentlichkeit, deren Eigenständigkeit gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit der politischen Ausgrenzung der ArbeiterInnenklasse im Kaiserreich entsprach. Diese Ausgrenzung stärkte den inneren Zusammenhalt, die Ausweitung der Lohnarbeit schuf die Zuversicht, die Macht des Kapitals in der nächsten größeren Krise zu brechen. In der Zwischenzeit sollte der Kampf um soziale Reformen, insbesondere durch gewerkschaftliche Kämpfe, die Lage der ArbeiterInnenklasse verbessern und die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung stärken. Diese Perspektive wurde weitgehend geteilt, ließ aber unterschiedliche Interpretationen zu (Groh 1973; Steenson 1991: 47-107).

Nach Auslaufen des Sozialistengesetzes (1878–1890) und mit dem Ende der Depression (1873–1896) bildete sich eine SPD-Rechte heraus, denen die parteioffizielle Revolutionsrhetorik als Hindernis auf dem Weg zu Bündnissen mit anderen Parteien galt. Da sich die Annahmen einer vollständigen Proletarisierung der Mittelklassen und eines ökonomischen Zusammenbruchs als falsch erwiesen habe, sei auch die hieran geknüpfte Revolutionserwartung historisch überholt. Bernstein war der Vordenker dieser zunächst auf eine Revision des und später Abkehr vom Marxismus zielenden Strömung, hielt sich aber von dem aggressiven Sozialimperialismus fern, der sich auf der äußersten Rechten der SPD herausbildete. Von links, unter der Wortführerschaft Luxemburgs, wurden die Forderungen nach einer Revision von Parteiprogramm und Strategie zunächst eher hilflos mit dem Argument zurückgewiesen, dass der Zusammenbruch schon noch komme. Alle bis dahin erzielten Reformen werden dann zunichte gemacht, was eine Revolution notwendig mache. Bei weiterhin anhaltendem Konjunkturaufschwung kommt es 1905, zeitgleich mit der russischen Revolution, zu massiven Streiks, vor deren Hintergrund die SPD-Linke die Durchführung von Massenstreiks zur Durchsetzung einer parlamentarischen Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht fordert.

In dieser Situation wird das vom Parteizentrum um Bebel und Kautsky propagierte Festhalten an marxistischen Ideen zu einer Klammer, unter der sich verschiedene Interpretationen des Marxismus vor allem aber auch die auseinanderstrebenden Parteiflügel mühselig zusammenhalten ließen. An theoretischen

Fragen wenig interessiert und angesichts der Erfahrung, dass andere Parteien unabhängig vom SPD-Programm kein Interesse an einer Zusammenarbeit hatten, suchte die SPD-Rechte weiterhin nach Ansatzpunkten der Klassenkollaboration. Den Theoriehader überließ sie der Linken. Diese wiederum wählte sich in der Vorstellung, den revolutionären Marxismus verteidigt zu haben und für kommende Kämpfe gerüstet zu sein. Eine Illusion, wie sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges herausstellte. Die SPD-Rechte um Noske hatte den Kolonialismus schon seit Jahren mit dem Ziel der Teilung kolonialer Extraprofite zwischen Arbeit und Kapital unterstützt. Das Parteizentrum ließ sich von der Propaganda, es handle sich um einen Verteidigungskrieg, blenden und fürchtete im Fall offener Opposition gegen den Krieg die Illegalität. Aus der innerhalb der SPD weitgehend isolierten und politisch verfolgten Parteilinken ging im Revolutionswinter 1918/19 die KPD hervor.

Ogleich die KPD das Banner des Marxismus lautstark für sich reklamierte, spielten marxistische Überzeugungen auch im Selbstverständnis und in den strategischen Debatten der SPD weiter eine zentrale Rolle. Aus dem abstrakten Bekenntnis zum revolutionären Marxismus wurde das Bemühen, aus einem reformistischen Marxismus eine Strategie des Übergangs von parlamentarischer Demokratie und organisiertem Kapitalismus zu einer sozialistischen, aber weiterhin parlamentarisch verfassten, Wirtschaftsdemokratie zu entwickeln (Hilferding, 1924; Naphtali 1928). Die repressive Einbindung der SPD in die Kriegswirtschaft von 1914 bis 1918 galt als Beleg der von Hilferding (1911) bereits in seinem Buch *Das Finanzkapital* vertretenen These der politischen Steuerbarkeit kapitalistischer Ökonomien. Diese sollte nun unter demokratischen Bedingungen fortgeführt werden, das Ziel war ein demokratischer Umbau der Wirtschaft, Wirtschaftsdemokratie.

Dieser Zielsetzung fehlte jedoch die politische Unterstützung. Die revanchistischen Kräfte, mit denen sich die SPD gegen KPD, revolutionäre Obleute und Syndikalisten während der Revolution verbündet hatte, waren an einer Nutzung des Staatsapparates zu wirtschaftsdemokratischen Zwecken nicht interessiert. Für sie war bereits die Weimarer Verfassung eine Zumutung. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hatte der Pakt der SPD mit der Konterrevolution einer möglichen Einheitsfront mit der KPD schon vor deren Bolschewisierung kaum überwindbare Hindernisse in den Weg gelegt. Auch in der SPD konnte sich nur eine Minderheit für eine Einheitsfront erwärmen. So war die SPD die einzige der großen Parteien, die die Weimarer Republik bedingungslos unterstützte.

Zur politischen Isolierung der SPD kam die Wirtschaftskrise. Zwischen Nachkriegskrise und Inflation zu Beginn der 1920er Jahre und Depression seit Ende der 1920er Jahre erscheinen die „Goldenen Zwanziger“ eher als Atempause in der allgemeinen Krise des Kapitalismus denn als Ausgangspunkt für einen

wirtschaftsdemokratischen Umbau. Entsprechende Pläne hat die Partei dann auch schnell aufgegeben. In der Hoffnung, eine Machtübernahme durch die Nazis zu verhindern, unterstützte die SPD die Austeritätspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning. Von einigen Partei- und Gewerkschaftsintellektuellen vorgelegte Pläne einer staatlichen Beschäftigungspolitik fanden keine Mehrheit. In Umkehrung der zu Beginn der 1920er Jahre aufgestellten These der politischen Steuerbarkeit der Wirtschaft hieß es nun, Krisen gehörten nun mal zum kapitalistischen Geschäft. Das klang bei den KommunistInnen nicht anders. Trotzdem waren weiterhin nur Minderheiten in SPD und KPD zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront bereit.

Unter der Führung Kurt Schumachers wurde die Abgrenzung von den KommunistInnen nach dem Zweiten Weltkrieg noch schärfer. Der Marxismus blieb aber wichtigster programmatischer Bezugspunkt der Partei. Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Wirtschaftsplanung blieben ihr Ziel. Es blieb aber unklar, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Zudem fehlte eine proletarische Öffentlichkeit, in der strategische Fragen hätten diskutiert werden können. Die nach Kriegsende vielerorts entstandenen Antifa-Ausschüsse waren nicht Beginn zur Wiederherstellung einer eigenen Kultur der ArbeiterInnenbewegung, sondern kurzes Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer zwar staatlich moderierten, aber doch im Wesentlichen bürgerlichen Öffentlichkeit (Negt/Kluge 1972). Insofern war die SPD in den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland ebenso isoliert wie in der Weimarer Republik. Mangels eigener Stärke bzw. politischer Bündnispartner wurde die Strategie, den Kapitalismus politisch zu organisieren und wirtschaftsdemokratisch umzugestalten, nicht wieder aufgenommen. Eine Alternative hierzu gab es aber auch nicht. Erst mit dem Godesberger Programm wurden 1959 die Bedingungen für einen strategischen Neuanfang geschaffen. Die Periode an Marx orientierter sozialdemokratischer Politik, die mit der Gründung der Eisenacher SDAP 1869 begonnen hatte, war zu Ende.

Zehn Jahre nach Godesberg wurde Willy Brandt an der Spitze einer unter keynesianischer Flagge segelnden SPD Kanzler. Im gleichen Jahr vollzog die Jugendorganisation der SPD, die Jusos, eine Linkswende. Inspiriert von StudentInnenrevolte, Arbeitskämpfen und Befreiungsbewegungen im Globalen Süden strömten junge AktivistInnen in Basisgruppen und neokommunistische Kleinstparteien – vor allem aber zu den Jusos und in die SPD. Ihr Denken war von Herbert Marcuse mindestens so stark geprägt wie von Marx. Die Kritische Theorie erlaubte ihnen die Widersprüche und Konfliktpotenziale zu verstehen, die sich aus der Integration der ArbeiterInnenbewegung in den Sozialstaatskapitalismus ergeben hatten. Der revolutionäre Marxismus hatte revisionistische Gedankenspiele in dieser Richtung als Verrat gebrandmarkt, vor allem aber als illusionär abgetan. Der reformistische Marxismus mit seiner Theorie des or-

ganisierten Kapitalismus hatte stets auf diese Integration gehofft, sie aber als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft verstanden. Krisen, weder wirtschaftliche, wie in den 1930er Jahren, noch politische, wie in den späten 1960er Jahren, waren auf diesem Weg nicht vorgesehen.

So sehr sich die jungen SozialdemokratInnen um ein Verständnis der spezifischen Krisen des Sozialstaatskapitalismus bemühten – die Marxismen, die sie dabei in Anschlag brachten, blieben allzu akademisch. Damit stießen sie in den Parteigliederungen der SPD, in denen sich Reste proletarischen Selbstverständnisses auch nach programmatischer Abkehr von Marx und trotz sozialstaatlicher Einbindung reproduzierten, auf massive Vorbehalte. Umgekehrt stießen sie in den Neuen Sozialen Bewegungen, die von ArbeiterInnenbewegung nichts und von Marxismus wenig hielten, auf Vorbehalte wegen ihrer Arbeit in der SPD. Die Partei galt in diesen Bewegungen, kommunistischen Vorbehalten in der Weimarer Republik nicht unähnlich, als Handlanger des Kapitals, nicht als Hebel sozialer Umgestaltung.

Keynes: Sozialstaatliche Einbindung

In der Weltwirtschaftskrise ab 1929 war es zu einer Blockade zwischen kommunistischen Revolutionserwartungen, liberaler Austeritätspolitik und ihrer Tolerierung durch die Sozialdemokraten gekommen. Die Nazis waren politische Nutznießer dieser Blockade und verbanden eine als keynesianisch zu bezeichnende Wirtschaftspolitik mit ihren imperialistischen Revanche- und Eroberungsplänen (Abelshauser 2000). Gleichwohl war John M. Keynes ein, wenn nicht „der“ konzeptive Ideologe des Sozialstaatskapitalismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Faschismus in verschiedenen Varianten in Westeuropa, Nordamerika und Japan aufgebaut wurde (Hall 1989). Seine Theorien wiesen einen Ausweg aus der Blockade zwischen den Sozialisierungsvorstellungen der Linken und der auf Haushaltsausgleich und Geldwertstabilität fixierten Politik der Konservativen bzw. Altliberalen. Sozialisierung war dem Kapital selbst in ihrer sozialdemokratischen Variante ein Dorn im Auge, weil diese Investitionsentscheidungen von der Zustimmung von Gewerkschaften oder politischen Körperschaften abhängig machte. An eine Wiederaufnahme der altliberalen Austeritätspolitik war jedoch auch nicht zu denken, denn diese hatte ohne Zweifel großen Anteil daran, dass sich die 1929 kollabierende Konjunktur in eine tiefe und langanhaltende Depression verwandelte. Keynes Ausweg aus diesem Dilemma bestand darin, Investitionsentscheidungen einzelnen Unternehmen zu überlassen, dem Staat aber die Aufgabe zu übertragen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf einem Niveau zu stabilisieren, das ein Beschäftigungsniveau gerade unterhalb

der Inflationsschwelle erlaubte. Lohnsenkungen, die aus altliberaler Sicht eine Voraussetzung zur Krisenüberwindung sind, seien zu vermeiden, weil die damit verbundenen Nachfrageausfälle zu einer Schwächung der Konjunktur führten. Die Aussicht auf stabile Beschäftigung und Einkommen erlaubte die Einbindung der ArbeiterInnenbewegung in den Sozialstaatskompromiss.

SPD und Gewerkschaften wurden denn auch zu Protagonistinnen des Keynesianismus in Westdeutschland (Held 1982; Schmidt 1997). Allerdings erst in den 1960er Jahren, als die institutionellen Eckpunkte des Sozialstaates längst abgesteckt waren. Diese beinhalteten ein Anknüpfen an Renten- und Arbeitslosenversicherung aus dem Kaiserreich bzw. der Weimarer Republik. Dazu kam die Ausweitung kollektiver Lohnverhandlungen. Zusammen mit progressiven Einkommensteuertarifen und einer Erhöhung der Staatsquote gegenüber der Weimarer Republik und erst recht dem Kaiserreich wirkten diese Institutionen als staatlich garantierte Wirtschaftsstabilisatoren. Dieser institutionelle Keynesianismus kam ohne politische Interventionen aus, die nach dem Zweiten Weltkrieg vonseiten der ArbeiterInnenbewegung im Namen einer Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zwar gefordert, von den Konservativen aber mit Verweis auf den Dirigismus der Nazi-Kriegswirtschaft strikt abgelehnt wurden. Als Alternative boten die Konservativen eine soziale Marktwirtschaft an und verstanden es mit der CDU eine Partei zu schaffen, die neben kapitalistischen Honoratioren auch christlich statt sozialdemokratisch gesinnter ArbeiterInnen und den alten Mittelstand an sich binden konnte. Die Isolierung der SPD in den 1950er Jahren ging nicht nur darauf zurück, dass sie an programmatischen Vorstellungen aus der Weimarer Republik festhielt, sondern sie wurde auch aktiv von der CDU betrieben.

Aber es dauerte nicht lange, bis die CDU nicht mehr als strahlende Partei des Wiederaufbaus und Bollwerk gegen den Marxismus sowjetischer oder sozialdemokratischer Prägung galt, sondern als letzte Zuflucht der Ewiggestrigen. In der nach Hitler groß gewordenen Generation stieß die Durchsetzung der Partei und des von ihr beherrschten Staatsapparates mit alten Nazis zunehmend auf Kritik. Auch der wirtschaftliche Erfolg, den die CDU für sich reklamierte, wurde ihr in gewisser Weise zum Verhängnis. Steigende Einkommen und Beschäftigung führten zu einer Welt des glitzernden Massenkonsums, die einen Ausweg aus der Enge des von Arbeit, Familie und Sparen ausgerichteten Weltbildes der Konservativen zu bieten schien. Die SPD, seit Godesberg nicht mehr durch den Marxismus belastet, nutzte die Gelegenheit, sich als Kraft der Modernisierung zu empfehlen. Das galt für die außenpolitische Wende zur Entspannungspolitik aber auch für einen gesellschaftspolitischen Aufbruch im Inneren. Die SPD propagierte den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen von Kinderbetreuung über Öffnung der Hochschulen für Kinder aus Arbeiterinnenhaushalten bis zur Altenpflege. Die

wissenschaftlich-technische Revolution, flankiert durch öffentliche Investitionen in Ausbildung und Forschung, versprach die Befreiung von repetitiver, körperlich belastender und vielleicht sogar von fremdbestimmter Arbeit. Als Vorgriff auf diese strahlende Zukunft boten sich, wenn schon nicht allen, so doch einer großen Zahl von Jugendlichen Aufstiegschancen, die in den Jahren des Wiederaufbaus als mindestens so utopisch angesehen worden waren wie die sozialistischen Utopien eines im Wirtschaftswunder aufgelösten Proletariats.

Keynesianische Wirtschaftspolitik spielte in diesen Modernisierungsvorstellungen zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Dies änderte sich als die Wachstumskurve Ende der 1960er Jahre ins Schlingern geriet. Die mittels expansiver Fiskalpolitik rasch überwundene Rezession machte aus Karl Schiller, damals noch Wirtschaftsminister in der CDU-geführten Großen Koalition, einen Politstar. Dafür sorgten seine Forderungen nach einer Konzertierten Aktion, mit deren Hilfe die angesichts eines hohen Beschäftigungsniveaus gegebene Gefahr inflationärer Verteilungskämpfe gebannt werden sollte, in Gewerkschaftskreisen, aber auch in der neu entstehenden SPD-Linken, für heftige Debatten.

Partei- und Gewerkschaftsrechte erkannten die Notwendigkeit politisch moderierter Lohnzurückhaltung an. Dies mochte zwar bedeuten, dass Produktivitätssteigerungen nicht vollständig in Reallohnzuwächse übersetzt würden. Hierdurch bewirkte Kostenentlastungen und eine bestenfalls schleichende Inflation würden die Investitionsneigung und damit das Beschäftigungsniveau dafür dauerhaft stabilisieren, so die am Keynesianismus der neoklassischen Synthese orientierte Hoffnung. Die Linke gedachte dagegen, anknüpfend an Vorstellungen einer expansiven Lohnpolitik, die der marxistische Gewerkschaftstheoretiker Viktor Agartz in den 1950er Jahren entwickelt hatte (Weinzen 1986), die Gunst hoher Beschäftigung zu nutzen, um über steigende Lohn- und Staatsquoten eine dauerhafte Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen voranzutreiben. Mit einer Mischung aus marxistischen und keynesianischen Theorieelementen erklärte sie, Profite, die in frühindustriellen Zeiten zwecks Aufbaus von Produktionskapazitäten notwendig waren, fänden in einem zu Überkapazitäten tendierenden reifen Kapitalismus keine produktive Verwendung. Zu hohe, nicht zu niedrige Profite seien das ökonomische Grundproblem des reifen Kapitalismus (Zinn 1978).

Die theoretischen Differenzen zwischen neoklassischer Synthese und einem marxistisch angereicherten Linkskeynesianismus sind ideologischer Ausdruck eines sich in den 1970er Jahren zuspitzenden Klassengegensatzes. Dabei prallten Erwartungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse, die sich in den Jahren des Aufschwungs ausgebildet hatten, mit denen der KapitalistInnen zusammen, die sich von einer Politik der Klassenzusammenarbeit nach Ende des Wirtschaftswunders abwendeten. Die SPD erkannte diesen Zusammenprall auf beiden Seiten des Klassengegensatzes. Die Parteirechte um Schmidt war, aus Überzeugung ebenso

wie unter dem Druck ihres Koalitionspartners FDP, zu Ausgabenkürzungen bereit und wollte die Inflation sowie öffentliche Defizite begrenzen, um dank steigender Gewinne zu einer Wiederbelebung von Investitionen und Beschäftigung beizutragen. Die Parteilinke dachte dagegen über Preiskontrollen und Investitionslenkung als Schritte zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft nach (Fleischle/Krüper 1975). Sie war aber politisch deutlich zersplitterter als ihre rechten Mitspieler. Das lag nicht zuletzt daran, dass Basisaktivisten in Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung mit der Parlaments- und Staatsfixierung der SPD-Linken nichts anzufangen wussten und schließlich mit den Grünen Anfang der 1980er Jahre eine eigene Partei schufen. Damit fehlten der SPD-Linken die Kräfte, die sie zur Durchsetzung einer Linkswende der Gesamtpartei gebraucht hätte (Gebauer 2005). Dennoch erschien die Sozialdemokratie der FDP zunehmend als unsicherer Kantonist. Um die Wende zur Austeritätspolitik auf Dauer zu stellen, wandte sie sich der CDU zu.

Während des Nachkriegsaufschwungs und der damit verbundenen Ausweitung des öffentlichen Sektors hatte sich ein Bündnis zwischen IndustriearbeiterInnen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes herausgebildet, das der SPD in jener Zeit zu Wahlerfolgen und Mitgliederzuwachs verholfen hatte. In der Endphase des Aufschwungs zeigten sich aber schon Widersprüche zwischen gestiegenen Erwartungen quer durch alle Beschäftigtengruppen und politischen Bemühungen, inflationäre Verteilungskämpfe und dauerhaft steigende Staatsausgaben zu vermeiden. Nach dem Ende des Aufschwungs und dem Vertrauen in keynesianische Steuerungspotenziale zerfiel das Bündnis zwischen privaten und öffentlichen Beschäftigten. Erstere sorgten sich zunehmend um internationale Wettbewerbsfähigkeit und Rationalisierung. Die öffentlichen Finanzen schienen ihnen zunehmend als Ursache von Inflation, Verschuldung und damit drohender Kapitalflucht. Dem hatten die öffentlich Beschäftigten wenig entgegenzusetzen. Der Keynesianismus, der ihren Forderungen, ebenso wie jenen der Beschäftigten in der Privatwirtschaft, Ausdruck verliehen hatte, schien nicht mehr zeitgemäß. Erst Ende der 1990er Jahre, nachdem deutsche Einheit und neoliberale Globalisierung zu Ungleichheiten und Unsicherheit geführt hatten, die selbst in den krisengeschüttelten 1970er Jahren schwer vorstellbar erschienen, erlebte der Keynesianismus eine kurze Renaissance. Ökologisch modernisiert und von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene transponiert, präsentierte ihn der SPD-Flügel um Oskar Lafontaine als Gegenmodell zum angelsächsischen Marktradikalismus. Der innerparteiliche Waffenstillstand, den er mit dem Schröder-Flügel vor den Bundestagswahlen 1998 eingegangen war, hielt nicht lange. Schröder setzte sich mit seiner Politik einer politisch moderierten Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in den Jahren des New-Economy-Aufschwungs durch und schwenkte nach dessen Ende auf eine strikte Sparpolitik um. Auf-

kommende Hoffnungen, die Weltwirtschaft politisch zu gestalten, zerschlugen sich schnell. Wie schon in der Depression der 1930er und den Krisen der 1970er Jahre wurden ökonomische Sachzwänge auch in den 2000er Jahren zum Maßstab sozialdemokratischer Politik.

Hayek: Kapitalistische Gegenreform

Nach den Erfahrungen von Kriegswirtschaft und angesichts der Suche nach einem sozialistischen Wirtschaftsmodell in der Sowjetunion in den 1920er Jahren war das „Ende des Laissez-Faire“ (Keynes 1926) absehbar. Unklar war dagegen, ob der Umbau der Wirtschaft auch in Deutschland zu einer sozialistischen Transformation unter sozialdemokratischer oder vielleicht sogar kommunistischer Flagge führen oder auf staatliche Interventionen in eine ansonsten private Wirtschaft begrenzt bleiben würde. Die von Hayek und anderen VertreterInnen der Österreichischen Schule vorgetragene Fundamentalkritik an Versuchen, Produktion und Verteilung kollektiven Entscheidungen zu unterwerfen, gleich ob diese in Parlamenten, Sowjets oder Planbehörden getroffen werden, wirkte in den 1920er Jahren unzeitgemäß (White 2012: 12-154). Nachdem die Austeritätspolitik, die von Hayek unterstützt wurde, zu Rezession und Depression beigetragen hatte, schien deren Verteidigung bzw. auch die Neubegründung liberaler Prinzipien endgültig desavouiert.

Dies änderte sich erst Jahrzehnte später als der Sozialstaatskapitalismus mit der Neuen Linken und den von ihr inspirierten sozialen Bewegungen eine wirkungsmächtige Kritik an der verwalteten Welt von links hervorbrachte und als das keynesianische Versprechen dauerhafter Prosperität und Vollbeschäftigung durch die Stagflation der 1970er Jahre widerlegt wurde. In der Kritik am Interventionsstaat trafen sich das Kapital, das Absatzschwierigkeiten und unzureichende Investitionsmöglichkeiten auf die staatlich vorangetriebene Explosion von Kosten und Regulierungen zurückführte, und Neue Soziale Bewegungen, die individuelle Entfaltungsmöglichkeiten durch die Sozialstaatsbürokratie erstickt sahen.

In der Folge geriet die SPD, die sich seit den 1960er Jahren als Garant wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlicher Modernisierung profilieren konnte, von verschiedenen Seiten unter Druck. Forderungen nach einem Ende des Sozialstaatsausbaus vonseiten des Kapitals konnte Schmidt zunächst noch in das Modell Deutschland einbinden, das die Inflationsbekämpfung und eine damit verbundene Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit anstrebte. Für dieses Bündnis ließen sich zwar auch die Führungen der Industriegewerkschaften gewinnen, deren Basis durch Massenarbeitslosigkeit und Branchenkrisen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stark verunsichert war. Die unter Schmidt vollzo-

gene Wende zur Austeritätspolitik verprellte dagegen die ÖTV, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Der Ausbau der Atomkraft, von den Gewerkschaften mehrheitlich unterstützt, und die Aufrüstung, von vielen Gewerkschaften durchaus kritisch gesehen, bestärkten die Neuen Sozialen Bewegungen in ihren Vorbehalten gegenüber der SPD.

Mit dem Fokus auf Inflationsbekämpfung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit standen mit dem Modell Deutschland bereits die Eckpunkte der Standortpolitik späterer Jahre. Letztere markiert keineswegs einen Bruch mit der rechtskeynesianischen Vorstellungswelt Schillers und Schmidts. Solange der Nachkriegsaufschwung anhielt, gingen sie von wirtschaftspolitischen Wahlmöglichkeiten im magischen Viereck von Preisniveaustabilität, hohem Beschäftigungsniveau, stabilem Wachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht aus. Die Krisen der 1970er Jahren zerstörten den Glauben daran, zwischen diesen Möglichkeiten wählen und die damit verbundene Vorstellung, stets einen Klassenkompromiss aushandeln zu können, der es ermöglichte, eine jeweilige Zielkombination zu garantieren. Angesichts linkskeynesianischer Forderungen, Beschäftigung durch Umverteilung von den Profiten zu Löhnen und öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, schlugen sich die RechtskeynesianerInnen auf die Seite Hayeks. Das magische Viereck wurde in die neoliberale Logik des Sachzwangs transformiert. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht wurde nunmehr als Export- bzw. Leistungsbilanzüberschuss definiert. Um diesen Ausweis internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, musste die Inflation durch Lohnzurückhaltung, Senkung sozialer Standards und Kürzung öffentlicher Ausgaben bekämpft werden. In der Folge würde es zu steigenden Gewinnen, Investitionen und, wenn nur der Gürtel enger geschnallt würde, auch wieder zu steigender Beschäftigung kommen.

Allerdings nahm das Vertrauen des Kapitals im Laufe der 1970er Jahre immer weiter ab, eine SPD-geführte Regierung könne dieses Programm in vollem Umfang durchführen. Ölpreisanstieg und DM-Aufwertung nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen hatten bereits zu Anfang des Jahrzehnts deutlich gemacht, wie sehr der Aufschwung in Westdeutschland von billigen Rohstoffimporten und günstigen Wechselkursen abhängig gewesen war. Nach dem zweiten Ölpreisschock 1979 schwand der Glaube, Schmidt könne die damit verbundenen Kostensteigerungen vollständig auf die ArbeiterInnenklasse abwälzen, vollständig dahin. Folgerichtig kündigte die FDP die Koalition mit der SPD auf und ging zur CDU über. Diese konnte mit dem Versprechen, die wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen der 1970er Jahre zu überwinden und die Prosperitätsbedingungen wiederherzustellen, zwei Wahlen gewinnen, bevor sie sich als Partei der deutschen Einheit feiern ließ.

Die Kommunisten in Ostberlin und Moskau waren der CDU stets ein willkommenes Feindbild gewesen, um die Überlegenheit der Sozialen Marktwirt-

schaft gegenüber jeglicher Form planwirtschaftlichen Eingreifens heraus- und die SPD unter Sympathisantenverdacht zu stellen. Mochte Schumacher noch so sehr auf KPD und SED schimpfen – da die SPD an marxistischen Prinzipien festhielt, bot sich der CDU die Gelegenheit zu der Behauptung, alle Wege des Marxismus führten nach Moskau. Nach Bad Godesbergaben die Entspannungspolitik und in den 1970er Jahren die Zusammenarbeit von Teilen der SPD-Linken mit der DKP immer wieder Anlass, von der SPD Beweise für ihre Kapitalismustreue einzufordern.

Nach dem Wegfall des Feindbildes 1990 schienen alle Wege des Kapitalismus nach Washington zu führen. Daraus ergaben sich auf paradoxe Weise neue Perspektiven für die SPD (Schmidt 2019). Vom Verdacht der Sowjetnähe befreit, hätte sie sich einen unverfälschten Marxismus im Kampf gegen einen von Wall Street und Weißem Haus gesteuerten Kapitalismus auf die Fahnen schreiben können. In den 1990er Jahren waren mit einem „Zurück zu Marx!“ jedoch keine Massen zu mobilisieren. Dafür waren Wall Street und New Economy zu faszinierend, machten sogar den Eindruck, als würden die in den 1980er Jahren immer wieder enttäuschten Hoffnungen auf eine Rückkehr zu Prosperität und Vollbeschäftigung endlich Realität. Aber der Preis dafür schien vielen SozialdemokratInnen zu hoch – eine für europäische Verhältnisse unvorstellbare Zunahme der Ungleichheit. Aus der Faszination für eine Computer- und Börsen-getriebene Prosperität und aus Angst vor einem ungezügelter Kapitalismus entstand die Idee eines Europäischen Sozialmodells, das sich der neuen Technologien bedienen sollte. Das so generierte Wachstum könne dank keynesianischer Steuerung gerechter verteilt werden (Lafontaine/Müller 1998; Pontusson 2005).

Der Eurokeynesianismus war nicht die einzige Alternative, die die SPD im Angebot hatte. Unter dem reichlich nebulösen Motto „Politik der neuen Mitte“ (Hombach 1998) wurde ein „Dritter Weg“ (Giddens 2000) zwischen unreguliertem Kapitalismus und keynesianischer Umverteilung vorgeschlagen. Mit Anklängen an die sozialdemokratische Begeisterung für die wissenschaftlich-technologische Revolution in den 1960er Jahren wurde drei Jahrzehnte später die Wissensgesellschaft entdeckt. Allerdings wurde das keynesianische Versprechen, ausreichend Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, um allen die Beteiligung am Produktivkraftfortschritt zu ermöglichen, durch die Aufforderung zur Investition ins eigene Humankapital ersetzt. Entsprechend ausgebildet ließe sich der erhoffte Wohlstand auch gegen die Billiglohnkonkurrenz aus dem Global Süden erreichen und verteidigen. Ergänzt wurde die Propagierung dieses „Humankapitalismus“ durch eine gesellschaftspolitische Öffnung zu verschiedenen Lebensstilen. War der Neoliberalismus unter Kohl noch in konservative Familienbilder eingebettet, sollte die neue Mitte sein kosmopolitisches Potenzial entfalten.

Ohne viel Interesse an gesellschaftspolitischen Versprechungen erkannten die Gewerkschaften den standortpolitischen Kern dieser Strategie und waren froh, als Schröder sie zum Bündnis für Arbeit einlud. Auch hierin folgte die SPD Vorbildern aus den 1960er Jahren. Eine europäische ArbeiterInnenbewegung, die sozialdemokratische Mehrheiten in fast allen damaligen EU-Mitgliedstaaten zur Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells hätte drängen können, gab es allenfalls in bescheidensten Ansätzen (Schmidt 2009). Aber das Bündnis für Arbeit trug auch nicht weit. Im Gegensatz zu den späten 1960er Jahren, als sich Gewerkschaftsführungen angesichts einer militanten Basis als Ordnungsfaktor empfehlen konnten, war die nach Branchenkrisen, Rationalisierungen und Umstrukturierungen verbliebene Mitgliedschaft zwar am Erhalt verbliebener tariflicher und sozialstaatlicher Sicherungen interessiert. Es fehlte aber eine Perspektive, die auch über die eigenen Organisationen hinaus mobilisierungsfähig gewesen wäre.

Diese Schwäche zeigte sich erst recht nach dem Ende des New-Economy-Booms, als Schröder dem Druck vonseiten des Kapitals nachgab und die noch kurz zuvor in blumigen Worten vertretene Politik des „Forderns und Förderns“ durch das sozialpolitische Fallenlassen vermeintlich nicht weltmarktfähiger Beschäftigter und Arbeitsloser ersetzte. Dieser Schwenk zu einer harten Austeritätspolitik führte zwar zu Verstimmungen zwischen SPD- und Gewerkschaftsspitzen, einer ansehnlichen Protestwelle und schließlich dem Verlust der noch immer keynesianisch-sozialstaatlich gesinnten AnhängerInnen an die Partei Die Linke und NichtwählerInnen – aber nicht zur Aufgabe des eingeschlagenen Austeritätskurses. Trotzdem präsentiert sich die SPD seit Verabschiedung der Hartz-Gesetze als Partei des kleineren Übels. Sie verspricht, wenigstens den Kern des Sozialstaates zu bewahren, obwohl sie diesen im Überschwang des New-Economy-Booms als geschichtlich überholt und nach dessen Ende als dem Untergang im Strudel der Weltmarktkonkurrenz preisgegeben bezeichnet hatte. Es ist kein attraktives Politikangebot, das sich an die große Zahl von Beschäftigten, Arbeitslosen, RentnerInnen und StudentInnen wendet, die sich angesichts zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit um ihre Zukunft sorgen. Insofern verwundern stete Mitglieder- und Wählerverluste nicht. Andererseits steigt mit Unsicherheit und Ungleichheit die Nachfrage nach sozialem Schutz. Insofern verwundert eher die Tatsache, dass die SPD diese Nachfrage politisch nicht bedient.

Aus Niederlagen lernen

Die SPD ist durch drei lange Krisen gegangen. Jede dieser Krisen hat ihr einen Neuanfang ermöglicht, aber linke Abspaltungen oder Neugründungen mit sich

gebracht. Aus der bereits mit dem Revisionismusstreit in den 1890er Jahren beginnenden Krise des Marxismus ging schließlich die KPD hervor. Aus der mit der Neuen Linken der 1960er Jahre aufbrechenden Krise des keynesianischen Sozialstaates und der Unfähigkeit der SPD, die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre einzubinden, entstanden die Grünen. Die wenige Jahre nach Platzen der New-Economy-Blase erfolgte Wende zur Austeritätspolitik führte zur Abspaltung der weiterhin keynesianisch orientierten Parteilinken und deren Zusammengehen mit der PDS. Geblieben ist eine Partei, die ideell als Projektionsfläche verbreiteter Sozialstaatsnostalgie dient, organisatorisch in die noch aus der Zeit des keynesianischen Sozialstaates stammenden, aber zu Zwecken neoliberaler Gegenreform umfunktionierten Staatsapparate eingebunden ist. Sie ist jedoch keine Gegenmacht zum Neoliberalismus, geschweige denn zum Kapitalismus.

Der doppelte Übergang von einer marxistischen zur keynesianischen Sozialdemokratie und von der organisierten zur repräsentierten ArbeiterInnenklasse bedeutete zwar den Verlust politischer Autonomie, brachte aber auch Anerkennung und soziale Reformen. Insofern erlaubte der Keynesianismus ebenso wie der Marxismus kollektive Selbstidentifikation und bot zudem strategische Orientierung. Dagegen wurde der Neoliberalismus als Sachzwang empfunden, in dem sich kollektive Identitäten auflösen und keine politische Alternativen möglich sind, so sehr sie vielleicht gewünscht wurden. Die ArbeiterInnenklasse wurde im Zuge des neoliberalen Umbaus desorganisiert und fiel damit auch als potenzielle Gegenmacht aus. Keynesianismus und Neoliberalismus sind als Reaktion auf die Herausforderung durch den Marxismus entstanden, die Durchsetzung beider Projekte samt der damit verbundenen Einbindung und dann ideellen Zersetzung der Sozialdemokratie haben dem Kapitalismus lange Wellen der Akkumulation ermöglicht, die in den Zeiten von Weltkriegen, Revolutionen, Weltwirtschaftskrise und Faschismus kaum mehr vorstellbar waren. Mit dem Verschwinden der marxistischen Herausforderung, so scheint es heute, fehlen auch dem Kapitalismus die Kräfte, die eine kapitalistische Modernisierung gegen die dominierenden Kapitalfraktionen durchsetzen könnten, die trotz Wirtschaftskrisen und Legitimationsverlust am Neoliberalismus festhalten. Insofern ist die kapitalistische Herrschaft nicht so uneingeschränkt wie man angesichts der Schwäche der Sozialdemokratie bzw. linker Kräfte denken könnte.

Die Zusammenführung verschiedener sozialer Bewegungen könnte durchaus eine neue sozialistische Herausforderung schaffen. Dazu bedarf es neuer kollektiver Identitäten und strategischer Orientierungen. So wie der Marxismus aus der Verarbeitung der Niederlagen des radikalen, schon damals über den Kapitalismus hinausstrebenden Flügels der bürgerlichen Revolutionen entstanden ist, sollten sich neue, mobilisierungs- und organisationsfähige Ideen aus den Erfahrungen der sozialistischen Bewegung in all ihren Spielarten gewinnen lassen.

Die Historisierung des Marxismus wäre ein erster Schritt zur Neubestimmung sozialistischer Politik (Schmidt 2018). Die Frage nach der Zukunft der SPD oder anderer heute bestehender Parteien ist dabei zweitrangig. Diese sind als Teil weit über sie hinausgehender Klassenverhältnisse entstanden und haben sich veränderten Verhältnissen angepasst, solche Veränderungen zum Teil auch selbst vorangetrieben. Ohne eine soziale Basis, die über eigene Öffentlichkeiten und darin entwickelte Ideen über Ziele und Strategien verfügt, wird es auch keine durchsetzungsfähigen Organisationen geben.

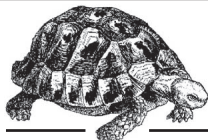
Literatur

- Abelshauer, Werner (2000): Guns, Butter, and Economic Miracles. In: Harrison, Mark (Hg.): *The Economics of World War II*. Cambridge/MA: 122-176.
- Bailey, David u.a. (Hg.), (2014): *European Social Democracy During the Global Economic Crisis*. Manchester.
- Berman, Sheri (2006): *The Primacy of Politics – Social Democracy and the Making of Europe’s Twentieth Century*. Cambridge/MA.
- Blyth, Mark (2002): *Great Transformations – Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century*. Cambridge/MA.
- Dorrien, Gary (2019): *Social Democracy in the Making – Political and Religious Roots of European Socialism*. New Haven-London.
- Fleischle, Gerhard/Krüper, Manfred (Hg.), (1975): *Investitionslenkung – Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?* Frankfurt/M.
- Gebauer, Annkatrin (2005): *Der Richtungsstreit in der SPD – Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf*. Wiesbaden.
- Giddens, Anthony (2000): *Der Dritte Weg – Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt/M.
- Groh, Dieter (1973): *Negative Integration und revolutionärer Attentismus – Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt/M u.a.
- Hall, Peter (1989): *The Political Power of Economic Ideas – Keynesianism across Nations*. Princeton.
- Held, Michael (1982): *Sozialdemokratie und Keynesianismus*. Frankfurt/M.
- Hilferding, Rudolf (1911): *Das Finanzkapital*. Frankfurt/M 1968.
- (1924): Probleme der Zeit. In: *Die Gesellschaft* 1(1): 1-17.
- Hombach, Bodo (1998): *Aufbruch – Die Politik der neuen Mitte*. Düsseldorf-München.
- Keynes, John Maynard: Das Ende des Laissez-Faire. In: Mattfeldt, Harald (Hg.): *Keynes – Kommentierte Werkauswahl*. Hamburg: 96-116.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge/MA.
- Lafontaine, Oskar/Müller, Christa (1998): *Keine Angst vor der Globalisierung – Wohlstand und Arbeit für alle*. Bonn.
- Lavelle, Ashley (2008): *The Death of Social Democracy: Political Consequences in the 21st Century*. Aldershot.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1846): Die deutsche Ideologie. In: *Marx-Engels-Werke*, MEW, Bd. 3: 5-530. Berlin 1969.
- Morina, Christina (2017): *Die Erfindung des Marxismus – Wie eine Idee die Welt eroberte*. München.
- Mudge, Stephanie (2018): *Leftism Reinvented – Western Parties From Socialism to Neoliberalism*. Cambridge-London.
- Naphtali, Fritz (1928): *Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Frankfurt 1969.

- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1972): *Öffentlichkeit und Erfahrung – Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.
- Pontusson, Jonas (2005): *Inequality and Prosperity – Social Europe vs. Liberal America*. Ithaca-London.
- Scharpf, Fritz (1991): *Crisis and Choice in European Social Democracy*. Ithaca-London.
- Schmidt, Ingo (1997): *Gewerkschaften und Keynesianismus*. Münster.
- (2009): New Institutions, Old Ideas: The Passing Moment of the European Social Model. In: *Studies in Political Economy* 84: 7-28.
- (2018): Towards a Critique of Marxist Political Economy. In: *World Review of Political Economy* 9(3): 364-386. <https://doi.org/10.13169/worlrevipoliecon.9.3.0364>
- (2019): Crisis, Ideas and Class: A Fresh Look at British Labour, French Socialists and German Social Democrats During the Keynesian and Neoliberal Waves of Accumulation. In: *Journal of Labor and Society* 22(2). <https://doi/10.1111/lands.12425>, i.E.
- Stenson, Gary (1991): *After Marx, Before Lenin – Marxism and Socialist Working-Class Parties in Europe, 1884–1914*. Pittsburgh.
- Weinzen, Hans (Hg.), (1986): *Viktor Agartz – Expansive Lohnpolitik*. Berlin.
- White, Lawrence (2012): *The Clash of Economic Ideas – The Great Policy Debates and Experiences of the Last Hundred Years*. Cambridge/MA.
- Zinn, Karl-Georg (1978): *Der Niedergang des Profits*. Köln.

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 7/19 u.a.:

- Stephan Krull: »Ohne Plan? Ohne uns!« – Gewerkschaften, Klimawandel und Mobilitätswende
- Die Bewunderer des Hilarius Gilges: »Die Zerstörung der IG Metall?« – Über den gewerkschaftlichen Umgang mit der ökosozialen Krise
- Gottfried Oy: »50 Jahre Sozialistisches Büro« – Tagung zu Geschichte und Gegenwart der undogmatischen Linken
- Gregor Kritisidis: »Sozialismus und Grundgesetz« – Enteignungsdebatte: Soziale Demokratie statt Verstaatlichung
- Tobias Hollinger: »Wenn Frau will, steht alles still« – Der Frauenstreik am 14. Juni in der Schweiz
- Sarah Lazare: »Prols gegen Ökos?« – US-Medien instrumentalisieren Bergleute, um den Green New Deal zu attackieren

Probieren? Kostenfreies
Exemplar per mail oder Telefon bestellen